

15. November 2012

Das bestehende Potenzial besser nutzen

Positionspapier zur Energiestrategie 2050

1. Grundsätze

Die FDP. Die Liberalen will eine Energiepolitik, die liberal, realistisch und vorausschauend ist. Dazu gehört eine Standortbestimmung des aktuellen Energieverbrauchs, eine effizientere Ausnützung der bestehenden Potenziale zur Energieerzeugung, ein effizienterer Energieverbrauch, kein Festschreiben der Energieproduktionsarten und schon gar kein Verbot einzelner Energieproduktionsarten. Die FDP will klare und langfristig verlässliche Rahmbedingungen anstatt neue Abgaben und Subventionen im Energiebereich.

Die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) darf nicht ausufern. Sie muss so umgebaut werden, dass Klein- und Kleinanlagen (bis 10 kW) nur noch eine einmalige Anschubfinanzierung erhalten. Diese Anlagen sind klar nach Kosten-Nutzen-Verhältnis zu beurteilen. Energieintensive Betriebe müssen von Abgaben zugunsten der KEV befreit werden. Die FDP lehnt eine Aufhebung des KEV-Deckels entschieden ab. Nur so können wir die Energieversorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen.

Zwei Drittel des Endenergieverbrauchs der Schweiz beruht auf fossilen Energieträgern. Allein die Haushalte stecken drei Viertel ihres Energiebedarfs in Raumwärme, die meisten heizen mit fossilen Brennstoffen. Hier liegt ein enormes Potenzial, das es effizient zu nutzen gilt.

Die FDP will, dass klar aufgezeigt wird, was das Gesamtpaket zur Energiestrategie 2050 alles umfasst. Wir wollen genau wissen, welche Massnahmen bis 2020, bis 2035 und bis 2050 umgesetzt werden sollen. Die FDP will keine Salamiaktik, sondern fordert, dass alle Massnahmen zu Beginn der Umsetzung der Energiestrategie 2050 auf dem Tisch liegen. Über dieses Gesamtpaket soll die Bevölkerung gegebenenfalls abstimmen.

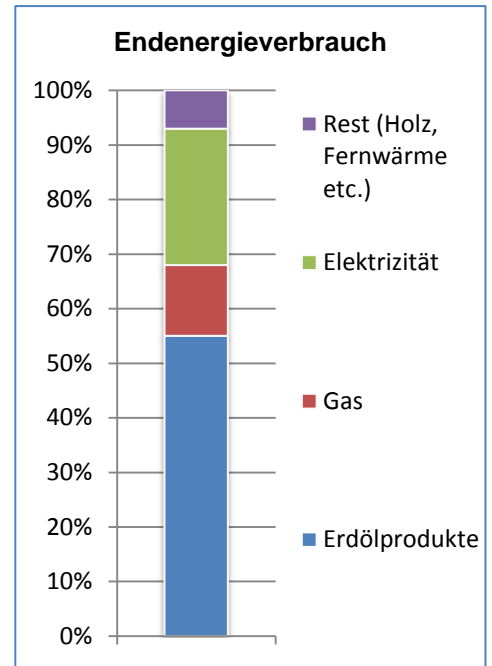
Die FDP fordert:

- › Bestehende Potenziale besser nutzen
- › Sanierung des Gebäudeparks der Schweiz mittels Energieeffizienzstandards
- › Effizienzstandards für Elektrogeräte umsetzen
- › Entschlackung der KEV: ohne Aufhebung des Deckels, mit Entlastung energieintensiver Betriebe
- › Abbau von Subventionsprogrammen und Investitionshürden
- › Marktnahe Gestaltung der Energiepreise
- › Rahmenbedingungen für hohe Investitionssicherheit setzen
- › Massnahmen zur Umsetzung der Energiestrategie aufzeigen
- › Volksabstimmung über das Gesamtpaket der Energiestrategie 2050

2. Verkehr und Gebäude

Heute ist der Gebäudepark der Schweiz für ca. 50 % des Gesamtenergieverbrauches verantwortlich. Die Gebäude der Schweiz stossen 29 % der CO₂-Emissionen aus. 70 % der Gebäude in der Schweiz verfügen über einen tiefen Standard bei der Wärmedämmung, sie werden nicht energieeffizient geheizt. Diese Bestandsaufnahme zeigt, dass hier das grösste Potenzial liegt, das es auszuschöpfen gilt.

Die FDP fordert Energieeffizienzstandards für Gebäude. Zudem müssen all jene Gebäude, deren Sanierung sich nicht lohnt und bei denen sich eine Neubau anbietet, auf unbürokratische Weise ersetzt werden können. Auch hier gilt: Das bestehende Potenzial muss besser genutzt werden. Gebäude – sowohl private als auch industriell genutzte – die energieeffizient sind, müssen steuerlich begünstigt werden. Wer



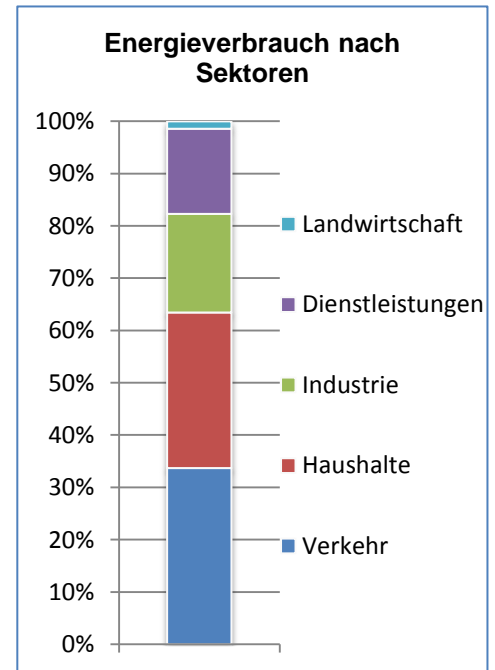
das vorhandene Potenzial seines Gebäudes nutzt und in Energieeffizienz investiert, soll belohnt werden. So schafft die Schweiz den Umbau hin zu einem energieeffizienten Gebäudepark. Auch hier gilt: die vorhandenen Potenziale nutzen anstatt Wunschprognosen aufzustellen!

Der Verkehr macht einen Drittel am Gesamtenergieverbrauch aus. Zudem ist er verantwortlich für 37 % der CO₂-Emissionen. Energieeffizienzstandards für Verbrennungsmotoren sowie steuerliche Anreize tragen dazu bei, vermehrt in emissionsarme Fahrzeuge zu investieren. Transportunternehmen, deren Flotte effizient fährt, müssen gegenüber solchen mit ineffizienten Fahrzeugflotten einen erheblichen Vorteil bezüglich der Abgaben geniessen. Auch hier gilt: die bestehenden Potenziale besser nutzen!

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Energieverbrauch (alle Formen der Energie), Stromverbrauch und CO₂-Reduktion. Werden die bestehenden Potenziale genutzt, müssen wir die dringend benötigte Energieversorgungssicherheit garantieren und die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, um auch im internationalen Vergleich wirtschaftlich und gesellschaftlich Spitzenplätze zu belegen.

Die FDP fordert:

- › Verbindliche Energieeffizienzstandards für Gebäude (MuKen)
- › Vereinfachte Verfahren zum Um- und Neubau von Gebäuden
- › Vereinfachung und steuerliche Begünstigung von Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden
- › Keine Erhöhung des Eigenmietwerts nach entsprechenden Investitionen
- › Steuerliche Begünstigung von emissionsarmen Fahrzeugen (Bemessung nach und Übernahme von EU-Normen)
- › Beitritt der Schweiz zum Emissionshandelssystem der EU (EU-ETS)

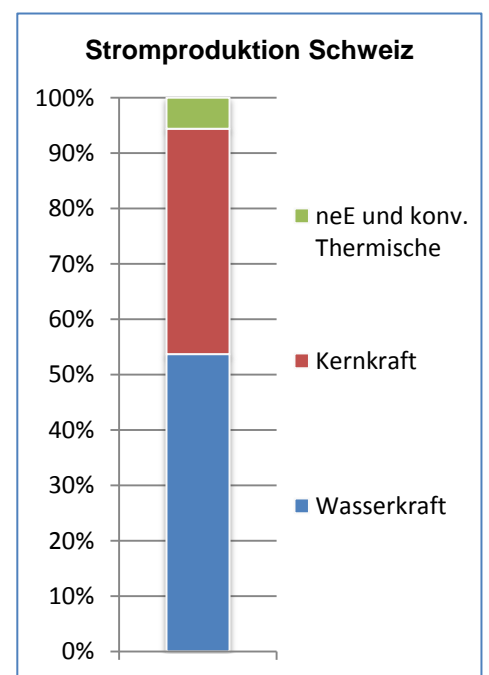


3. Stromproduktion

Die Rahmenbedingungen des Strommarktes müssen so gestaltet werden, dass Stromproduktionsformen mit der bestmöglichen Garantie der Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Effizienz und Sicherheit zum Einsatz kommen. Die Rahmenbedingungen für die Stromproduktionsformen sollen im Rhythmus von 15 Jahren überprüft werden, damit der technologische Fortschritt einbezogen und die Investitionssicherheit gewährleistet werden können.

Einzelne Technologien dabei zu verbieten lehnt die FDP ab. Genauso wenig will die FDP eine politisch motivierte Bevorzugung einzelner Technologien, ohne dass diese ihre ökonomische und ökologische Effizienz bewiesen haben. Die jeweils am besten geeignete soll den Vorzug erhalten, die Überprüfung im 15-Jahre-Rhythmus gewährleistet dies.

Die bestehenden Kernkraftwerke sollen so lange weiterbetrieben werden, wie ihre Sicherheit gewährleistet ist. Neue Kernkraftwerke, die auf der heute verfügbaren Technologie basieren, werden von der FDP nicht unterstützt. Ein Technologieverbot lehnt die FDP aber auch in diesem Bereich ab.



Weiter soll der Strommarkt bis 2015 liberalisiert sein, damit alle Stromkonsumenten ihren Anbieter frei wählen können. Zudem soll die Schweiz übers Jahr gesehen eine ausgeglichene Bilanz bezüglich den Stromimporten- und -exporten haben. Einer erhöhten Auslandabhängigkeit ist rechtzeitig vorzubeugen. Die Integration in den europäischen Elektrizitäts-Binnenmarkt gilt es mit einem für die Schweiz vorteilhaften Stromabkommen mit der EU zu sichern.

Die FDP lehnt eine Diskussion über weit in der Zukunft liegende Produktions- und Effizienzpotenziale ab. Wir denken in Bandbreiten [vgl. separate Tabelle und Grafik]. Die beste Technologie soll auch hier zum Zug kommen.

Die Wasserkraft macht heute 54 % des produzierten Stroms aus. Auch hier gilt es, die Potenziale zu nutzen. Einerseits durch Repowering (Erneuerung der bestehenden Kraftwerke), als auch durch den Neubau von kleinen und mittelgrossen Kraftwerken. Die Bewilligungsverfahren für neue Wasserkraftprojekte und Projekte für Wind, Photovoltaik und Biomasse gilt es zu straffen und Einsprachemöglichkeiten zu begrenzen. Auch müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass an Standorten gebaut werden kann, an denen ein Bau heute wegen unverhältnismässigen Einsprachen nicht möglich ist.

Investitionen in bestehende Kraftwerke sind zu bevorzugen und müssen daher auch attraktiv bleiben. Hierzu zählt auch, dass für die Erneuerung der Wasserrechtskonzessionen keine exorbitanten Konzessionsgebühren verlangt werden. In diesem Punkt gilt es eine Lösung zu finden, die sowohl die Gewässerhoheiten der Gemeinden und Kantone berücksichtigt, als auch die Voraussetzungen für Investitionen in den Ausbau der Nutzung der Wasserkraft ermöglicht.

Die vermehrte Stromproduktion aus un stetig anfallenden erneuerbaren Energien verlangt nach einer verstärkten Netzinfrastruktur und zusätzlichen Speichermöglichkeiten. Diese grossen Investitionen sind nur möglich, wenn klare und langfristig gültige Rahmenbedingungen herrschen und Einsprachemöglichkeiten beschränkt werden.

Die FDP fordert:

- › Liberalisierung des Strommarktes bis 2015
- › Eigenproduktion der Schweiz stärken, Importabhängigkeit reduzieren
- › Integration der Schweiz in die Energienetze Europas durch ein vorteilhaftes Stromabkommen mit der EU
- › Einen Strommix zu wettbewerbsfähigen Preisen, der die Versorgungssicherheit garantiert
- › Berücksichtigung des technologischen Fortschritts
- › Weder Technologieverbote noch Technologiegebote
- › Aus- und Umbau der Stromnetzinfrastruktur und Sicherstellung der Netzstabilität
- › Einhaltung von realistischen klimapolitischen Zielen der Schweiz
- › Ausbau der bestehenden und Erforschung neuartiger Stromproduktions- und Speichertechnologien